

## Verpflichtungserklärung

### über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG) vom 16. Juli 2021

**Please note that, in accordance with the conditions of § 1 LkSG (German Supply Chain Act), this declaration must only be completed by bidders domiciled in Germany and by foreign companies whose subsidiaries employ more than 3,000 people in Germany.**

Aufgrund der Anwendbarkeit des LkSG auf das KIT, ist das KIT gemäß § 6 Abs. 4 LkSG verpflichtet, angemessene Präventionsmaßnahmen gegenüber unmittelbaren Zulieferern zu verankern. Sämtliche nachfolgenden §§ sind solche des LkSG. Vor diesem Hintergrund gilt folgendes:

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

**Ich/wir erkläre/n (Bieter),**

- ☐ dass das LkSG auf mein/unser Unternehmen nicht anzuwenden ist.  
**Sofern das LkSG für den Bieter nicht anwendbar ist, brauchen die nachstehenden Erklärungen nicht angekreuzt werden. Es ist jedoch in jedem Fall diese Verpflichtungserklärung auf der letzten Seite zu unterzeichnen.**
- ☐ dass ich/wir eine Grundsatzerklärung gemäß § 6 (2) abgegeben habe/n.
- ☐ dass das LkSG auf mein/unser Unternehmen anzuwenden ist und ich/wir den Sorgfaltspflichten nach § 3 Abs. 1 nachkomme/n, d. h.
- ein Risikomanagement gemäß § 4 Abs. 1 eingerichtet wurde,
  - die betriebsinterne Zuständigkeit gemäß § 4 Abs. 3 festgelegt ist,
  - regelmäßig Risikoanalysen gemäß § 5 stattfinden,
  - eine Grundsatzerklärung gemäß § 6 Abs. 2 abgegeben wurde,
  - Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich gemäß § 6 Abs. 1 und 3 sowie gegenüber unmittelbaren Zulieferern gemäß § 6 Abs. 4 durchgeführt werden,
  - im Bedarfsfalle gemäß § 7 Abs. 1, 2 und 3 Abhilfemaßnahmen ergriffen werden,
  - ein Beschwerdeverfahren gemäß § 8 eingerichtet wurde,
  - die Umsetzung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf Risiken bei mittelbaren Zulieferern gemäß § 9 sichergestellt ist und
  - der Dokumentation gemäß § 10 Abs. 1 und Berichterstattung gemäß § 10 Abs. 2 nachgekommen wird.
- ☐ dass ich/wir nicht gegen die Verbote aus § 2 (2) 1 - 12 und § 2 (3) 1 - 8 verstoße/n.

**Ich/wir erkläre/n (Bieter),**

- ☐ dass ich/wir das KIT informiere/n, sobald uns tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die eine Verletzung einer menschenrechtsbezogenen oder einer umweltbezogenen Pflicht bei unseren unmittelbaren oder mittelbaren Zulieferern möglich erscheinen lassen (substantiierte Kenntnis), oder
- ☐ dass ich/wir unsere unmittelbaren oder mittelbaren Zulieferer selbst im Rahmen des LkSG einer Prüfung unterzogen haben/unseren Sorgfaltspflichten aus dem LkSG nachkommen.

**Ich/wir erkläre/n (Bieter),**

- ☐ dass ich mich/wir uns verpflichte/n, das KIT oder von ihm hierfür beauftragte Unternehmen zu erlauben Kontrollen/Audits in meinem/unseren Unternehmen durchzuführen, die die Einhaltung der Menschenrechts- und Umweltstrategie überprüft, oder
- ☐ die Einhaltung anhand anerkannter Zertifizierungs- oder Audit-Systeme nachweisen kann/können.

**Ich/wir erkläre/n (Bieter),**

- ☐ dass ich/wir die vom KIT und somit entsprechend dem LkSG verlangten menschenrechtsbezogenen und umweltbezogenen Erwartungen einhalte/n und entlang der Lieferkette angemessen adressiere/n.

**Ich bin mir/wir sind uns bewusst bzw. bekannt,**

- ☐ dass bei Feststellung einer bereits eingetretenen oder aber unmittelbar bevorstehenden Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht das KIT unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen gemäß § 7 LkSG ergreifen wird, um diese Verletzung zu verhindern, zu beenden oder das Ausmaß der Verletzung zu minimieren.
- ☐ dass Unternehmen von der Teilnahme an einem Verfahren eines Bau-, Dienstleistungs- oder Lieferauftrags bis zur nachgewiesenen Selbstreinigung nach § 125 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Abs. 1 LkSG mit einer Geldbuße nach Maßgabe von § 22 Abs. 2 LkSG belegt worden sind.

## **Abschlussklärung**

**Ich/wir erkläre/n,**

- ☐ dass alle vorstehend angegebenen Erklärungen korrekt sind und ich/wir in der Lage bin/sind, auf Anforderung des KIT unverzüglich die Nachweise zur Einhaltung der Sorgfaltspflichten gemäß § 3 Abs. 1 LkSG beizubringen.

Ferner wird die Zustimmung dazu erklärt, dass das KIT Zugang zu den angegebenen Nachweisen erhält.

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Unterschrift vertretungsberechtigte Person und Firmenstempel)

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Name der erklärenden Person in Druckbuchstaben)

.....  
(Unterschrift - Faksimile oder Scan - vertretungsberechtigte Person)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.